Der enttäuschende Nahrungsmittelbericht in England.

Von

Dr. Hermann Levy,

Professor an der Universität Heidelberg.

Der von dem englischen Publikum lange und sehnlich erwartete Bericht des parlamentarischen Nahrungsmittelausschusses ist am 30. September veröffentlicht worden. Wie aus der allgemeinen Entwicklung der englischen Nahrungsmittelverhältnisse in der letzten Zeit zu erwarten war, hat dieser Bericht eine Beruhigung in der Nahrungsmittelsorge der Engländer nicht bringen können. Die Vorschläge, welche in dem Bericht gemacht werden und welche sich in erster Linie auf eine bessere Versorgung mit Fleisch und Milch beziehen, bestehen in gewissen Maßnahmen, welche gegenüber einer übermäßigen spekulativen Preissteigerung seitens der Detaillisten in Aussicht gestellt werden, ferner in Vorschlägen über eine fakultative Einschränkung des Fleischverbrauchs durch Einführung fleischloser Tage; die meisten Empfehlungen des Ausschusses tragen mehr den Charakter von Anregungen, wie z. B. die Ermahnung an alle Unternehmer und Behörden, ihre Lohn- und Gehaltslisten im Hinblick auf die niedrig bezahlten Arbeiter und Angestellten zu revidieren, oder die Ermahnung an das Kriegsministerium, eine größere Sparsamkeit im Fleischverbrauch, auch mit Hilfe neuer Kochmethoden, in der Armee einzuführen. Im allgemeinen haben aber in der englischen Presse diese Vorschläge den wohlberechtigten Eindruck erweckt, daß es sich bei ihnen nur um Versuchsmöglichkeiten handelt, welche man, um überhaupt etwas Positives zu sagen, nicht unterdrücken wollte. Sonst ergibt sich aus dem ganzen Bericht ein durchaus ablehnender Standpunkt gegenüber der Möglichkeit, Verbesserungen eintreten zu lassen, und eine englische Provinzzeitung, die „Liverpool Post", hat in ihrem Leitartikel dies deutlich zum Ausdruck gebracht, wenn es dort heißt: „Die Steigerung in den Kosten der Ernährung ist so enorm gewesen, daß das Volk ganz natürlicherweise auf den Gedanken kam, daß es sich um eine Preistreiberei seitens gewinnsüchtiger Leute handle . . .! Wer im allgemeinen sind die Empfehlungen des Ausschusses auf der Annahme aufgebaut, daß die hauptsächlichsten Faktoren in der Preissteigerung auf Dinge zurückzuführen sind, welche schon aus offiziellen Mitteilungen genügend bekannt sind, und von welchen man annimmt, daß sie in der Praxis sich der Kontrolle seitens der Regierung entziehen. So ist z. B. klar, daß die staatliche Kontrolle über Fleisch aus den Kolonien — ohne welche, wie behauptet wird, die Preise noch höher sein würden — nicht auf Fleisch ausgedehnt werden kann, welches aus fremden Ländern stammt.

Man kann wohl sagen, daß die Enttäuschung der Engländer über diesen Bericht eine zweifache ist. Erstens die Enttäuschung eines mehr oder weniger offenen Bekenntnisses, daß eine wesentliche Besserung der Ernährungsverhältnisse, soweit sie bisher untersucht wurden, nicht erzielt werden könne. Diese Enttäuschung ergibt sich z. B. aus den längeren Darlegungen des Berichts, daß man wegen der verschiedenartigen und übrigens außerordentlich hohen Kosten der Milcherzeugung, des Mangels an Melkern und der starken Abschlachtung von Milchkühen einen Milchpreis nicht festsetzen und eine Verminderung desselben nicht erwarten könne. Oder eine ähnliche enttäuschende Feststellung, daß die hohen Preise für englischen, dänischen und irischen Speck auf die hohen Futtermittelpreise und, was Dänemark beträfe, auf den Rückgang der Zufuhr und die Steigerung der Frachten zurückzuführen sei. Aber gegen derartige enttäuschende Mitteilungen könnte ja das englische Publikum, wenn ihm nach gründlicher Prüfung versichert wird, daß nun einmal entsprechend den ökonomischen Verhältnissen des auf fremde Zufuhr angewiesenen Inselreiches eine Besserung auf behördlichem Wege nicht möglich sei, nichts einwenden. Fataler ist eine andere Enttäuschung, welche der Bericht den Engländern zu bereiten scheint, nämlich die Tatsache, daß er in allen möglichen Beziehungen unvollständig und undurchsichtig erscheint. So ist es schon von vornherein eigentümlich, daß der Bericht sich auf eine bloße Betrachtung der Preise animalischer Produkte beschränkt, anstatt, wie man erwarten würde, mit den Preisen von Brotgetreide, Mehl, Brot und Futtermitteln zu beginnen. Bekanntlich sind gerade in letzter Zeit die Preise für Weizen und Weizenmehl wieder so stark gestiegen, daß sie 100 v. H. höher sind als in Friedenszeiten. Gerade die Steigerung des Brotpreises hat in letzter Zeit England wieder außerordentlich viel Sorge bereitet. Eine recht deutliche Sprache sprechen in dieser Hinsicht in der letzten Nummer des „Economist" vom 23. September veröffentlichten Ziffern. Es betrug nämlich in den drei Wochen, die am 16. September abschlossen:

	1914	1915	1916
	in englischen Zentnern		
Die Gesamteinfuhr von Weizen und Weizenmehl . .	10 456 700	5 475 300	4 220 000
dazu der geschätzte Verkauf heimischen Weizens . . .	3 517 600	1 580 000	1 402 700
Versorgung für die drei Wochen	13 974 300	7 055 300	5 622 700
	1913	1914	1915	1916
	sh d	sh d	sh d	sh d
Preis von englischem Weizen p. Quarter (= 217,7 kg) . .	31. 7	38. 3	42. 9	59. 11

Trotz dieser Tatsachen verliert der Bericht über die Frage der Brotgetreideversorgung kein Wort. Man hätte hierbei natürlich die Frage der Behebung der Frachtenteuerung, und zwar nicht nur der Getreidefrachtenteuerung, auf breiter Grundlage erörtern müssen, was ebenfalls nicht der Fall gewesen ist. Aus diesem Grund wohl kann sich der „Manchester Guardian" vom 30. September nicht enthalten, das Vorgehen des Nahrungsmittelausschusses als „nicht recht wissenschaftlich" zu bezeichnen. „Eine Erörterung der Frachtenfrage hätte die Einleitung der ganzen Untersuchung bilden müssen," so schreibt das Blatt, „anstatt, wie der Ausschuß es vorgezogen hat, für eine unbestimmte Zukunft aufgeschoben zu werden." Es ist also bemerkenswert, daß man nicht nur über die tatsächliche Unmöglichkeit drastischer Eingriffe zur Linderung der Teuerung enttäuscht ist, sondern vor allen Dingen auch über die Art, wie sich angeblich die englische Regierung von dieser Unmöglichkeit überzeugt hat. „Selbst wenn man die ganze Art, wie der Ausschuß an die Frage herangetreten sei, akzeptiere, so sei doch die Art und Weise der Behandlung weder genau noch einleuchtend," so schreibt der „Manchester Guardian". Dies ist um so bemerkenswerter, als der „Manchester Guardian" ja seiner ganzen wirtschaftspolitischen Auffassung nach einem Standpunkt der Nichteinmischung durchaus nahesteht. Wenn selbst ihm die Stellungnahme des Ausschusses in dieser Frage nicht gefällt, so ist es nicht verwunderlich, daß die „Times" erst recht unzufrieden sind. Sie schreiben am 30. September: „Wir gestehen, daß uns der Bericht in diesen Vorschlägen recht furchtsam erscheint." An einer anderen Stelle meint die „Times", der Ausschuß zeige Furchtsamkeit, während gerade ein offenes Wort das Gebot der Stunde sei.

So haben wieder einmal in England diejenigen recht behalten, welche an die erfolgreiche Tätigkeit von Ausschüssen nicht glauben wollen. In diesem Falle freilich kann man wohl sagen, daß die Bestätigung der Auffassung dieser Skeptiker weniger in dem Versagen des Untersuchungsausschusses, als in der Unmöglichkeit liegt, der Ernährungsfrage im Kriege unter den eienartigen Verhältnissen des Inselreichs tatsächlich Herr zu werden. Denn das Material, welches der Bericht nach dieser negativen Seite hin bringt, z. B. die Berechnungen der hohen, verteuernden Frachten, ist entschieden nicht von der Hand zu weisen, so niederdrückend es auch für die Engländer sein muß.